

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
♦♦♦♦♦ der Freien Stadt Danzig ♦♦♦♦♦
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 3-gelbte Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-gelbte Reklamazeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 7 Uhr. Einzelnummer 20 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 69

Montag, den 22. März 1920

11. Jahrgang

Die Reichsregierung in Berlin.

Die schwierige Lage der Zeitungen.

Die Zeitungsunternehmung steht vor und in einer lebensgefährlichen Erhöhung ihrer Herstellungskosten. Das hat sie mit vielen andern Produktionen gemein. Aber sie steht gleichzeitig in ihrem Gros vor der Unmöglichkeit, nur ihre Preise im gleichen Verhältnis wie ihre Selbstkosten zu erhöhen. Und darin unterscheidet sie sich von der Mehrzahl der andern Industriezweige, die ja — heute noch, wenn auch natürlich nicht für die Dauer — so ungeheuer zu jedem Preise Käufer finden. Um von dem letzteren zuerst zu reden, so hat die Zeitung zwei Einnahmequellen, das Abonnement und das Inserat. Und namentlich das letztere gilt dem Ueingezeichneten als unerschöpflicher Vorrat. In Wirklichkeit sind die Fachleute heute anerkennend übereinstimmend der Ansicht, daß die Erhöhung der Inseratenpreise dem möglichen Maximum sehr nahe gekommen ist. Es nämlich, daß weitere beträchtliche Erhöhung bei dieser Mehrzahl zu einem Inseratenschwund führen müßte.

Mit dem Abonnementspreis aber steht es so, daß keine angemessene Erhöhung auf noch viel größere Schwierigkeiten stößt, als die für die Inserate. Unangenehm entgeht für den Genuß geistiger Arbeit zu zahlen, die man konsumierte, das war früher des Landes nicht der Brauch und ist das jetzt ebensowenig geworden; große Bevölkerungsklassen, die das ganz gewiß nicht nötig hätten, finden z. B. gar nichts dabei, für die Zeitung weniger zu zahlen als für eine Zigarette. Und mit dem Zeitungspreis steht es noch schlimmer. Bei der großen Mehrzahl der deutschen Zeitungen zahlte der Abonnent schon vor dem Kriege weniger, als das Papier kostete, das er erhielt. Die große Mehrzahl der Zeitungen aber kam dem fonderbaren Anspruch der Leser, die Zeitung ungefähr gratis zu erhalten, dann noch immer weiter entgegen; namentlich die Anzeigerpresse fand ihr Geschäft darin, durch möglichst viel Verbreitung viel Inserate anzuziehen und so, um ihre Inseratenaufträge zu erhöhen, auf jeden einzelnen Abonnenten draufzuzahlen!

Das ist die Lage auf der Einnahmeseite. Und dem gegenüber steht nun das riesige Anschwellen der Ausgaben. Man braucht über das einzelne nicht viel zu sagen, weil es ja mit allen andern Wirtschaftszweigen übereinstimmt: die Teuerung aller Betriebsstoffe von der Rohle und der Kraft ansehnlich bis zum Seidenmaterial und der Farbe; die außerordentliche Erhöhung der Löhne vom Seher bis zur Botenfrau; sogar die notwendig immer noch bestehende Erhöhung der Kosten für die Redakteure und die Mitarbeiter der Zeitungen, die einstweilen auch noch glauben, daß sie leben müssen. Aber von einem Sonderfall ist zu sprechen und sogar sehr energisch zu sprechen, und das ist das Papier. Das nämlich kostete vor dem Kriege 20 Pfg. pro Kilo, kostet jetzt 206 Mark, also mehr als das Zehnfache, wird demnach noch weiter gesteigert und müßte nach der Auffassung der Papierfabriken sogar noch weit über alle bisher von der Regierung zugelassenen Grenzen hinausgehen werden, weil auch diese gewaltigen Preise den Papierfabriken keinen Nutzen stiften; schon ist es so weit gekommen, daß die Papierfabriken sich von der Herstellung des Zeitungspapiers ab- und anderen lukrativeren Herstellungsarten, zu wenden, und daß eben jetzt die bisher noch liefernden Zeitungspapierfabriken Verengerung oder gänzliche Einstellung ihrer Produktion androhen, teils weil sie keine Rohle, teils weil sie keine Rente mehr haben. Diese unheimliche Papiersteigerung (dann abgesehen von der Papierknappheit) droht das deutsche Zeitungswesen zu ruinieren; und doch können die Verleger den Papierfabrikanten im allgemeinen nicht vorwerfen, daß sie Wucher trieben. Also ist das Schicksal unabwendbar? Doch nicht! Denn gemuchert wird allerdings, nur eine Stufe früher, bei dem Holz, und das abforderliche ist, daß es sich dabei um eine Erscheinung handelt, für die bereits der bezeichnende Ausdruck staatlicher Holzwucher sich eingebürgert hat! Wenn in nächster Zeit ein großer Teil der deutschen Presse zusammenbricht, weil er die Steigerung der Papierpreise nicht mehr zu tragen vermag, dann dankt er dies der Preistreiber auf dem Holzmarkt, an der die deutschen Länder so schön teilgenommen haben.

Was also kann helfen? Man sollte zunächst gegenüber der fortgesetzten Erhöhung der Post-, Telefon- und Telegrammgebühren und ähnlichem den besondern Bedürfnissen der Presse mehr, als es bisher geschah, Rechnung tragen; man hätte auch zu, die hohe Anzeigersteuer in diesem unheimlichen Augenblick klüger verzichtet. Doch sind das kleine Mittel; was vor allem not tut, wäre eine entscheidende Verminderung der Papierpreise, also der Holzpreise. Dafür haben die Verlegerorganisationen schon vor langem einen Vorstoß gemacht; es sollten bestimmten Holzmengen, die für die Zeitungsfabrikation erforderlich sind, außerhalb der öffentlichen Subventionen den Papierfabriken zu bestimmten, mäßig gehaltenen Preisen zur Verfügung gestellt werden; der Windererlös trüge dann natürlich die Länder, die das Holz aus den Staatsforsten abzugeben hätten, wobei die über keine eigenen Forsten verfügenden

Länder sich mit entsprechenden Geldzahlungen zu beteiligen hätten.

Für die Danziger Presse kommen Erleichterungen, die das Reich den deutschen Zeitungsunternehmen gewähren wird, nicht in Frage, da wir Ausland sind. Die hiesige Presse muß sich also selbst helfen. Das kann sie nur, indem die Abonnements- und Inseratenpreise wenigstens einigermaßen mit den Herstellungskosten im Einklang gebracht werden. Auch unsere „Volksstimme“ ist zu diesen Maßnahmen gezwungen und muß deshalb den Abonnementspreis vom 1. April auf 4,50 Mk. pro Monat festlegen. Unsere Leser werden aus den oben angeführten Tatsachen aber verstehen, wie schwierig die Lage im Zeitungsgewerbe ist und daß besonders unsere „Volksstimme“ darunter zu leiden hat, weil sie nicht die große Inseratenplantage ist, wie manche bürgerliche Zeitung. Aber besonders in Danzig ist die sozialdemokratische Presse von größter Wichtigkeit, und an unsere Genossen und Leser ergoht deshalb der Ruf, alles einzusetzen für die Anschaffung unseres Blattes. Die Parole für die Parteiarbeit und Agitation in den nächsten Wochen muß in Stadt und Land lauten:

„Danziger Volksstimme“.

Abbruch des Berliner Generalstreikes.

Die Einigung mit den Gewerkschaften.

Berlin, 20. März.

Die Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien und den Gewerkschaften hatten am Freitag nachmittag um 3 Uhr begonnen und dauerten bis zum Sonnabend morgen 7½ Uhr. Die Aussprache war sehr langwierig. Die Vereinbarungen wurden aber schließlich in folgender Form festgelegt:

Die antwortenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten:

1. daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Personentfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten abklärt und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuordnung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung eingeräumt wird unter Wahrung der Rechte der Volksovertretung;
2. sofortige Entlassung und Bestrafung aller am Aufbruch sowie am Umsturz der verfassungsmäßigen Regierung Schuldigen, sowie der Beamten, die sich der ungesetzlichen Regierung zur Verfügung gestellt hatten;
3. gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltung und der Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, und besonders solchen in leitenden Stellungen und ihre Ersetzung durch zuverlässige Kräfte, Wiederherstellung aller im öffentlichen Dienst aus politischen oder gewerkschaftlichen Gründen gemahregelten Organisationsverfehr;
4. schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage, unter Mitbestimmung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, der Angestellten und Beamten;
5. sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Beamten und Angestellten völlige wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung gewährleisten, schnellste Einführung eines freizeithlichen Beamtenrechtes;
6. sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige, unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, Einberufung der Sozialisierungskommission, Uebernahme des Kohlenmonopols und des Kalimondats auf das Reich;
7. wirksame Erfassung und gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und stärkste Bekämpfung des Wucher- und Schieberturns in Stadt und Land, Sicherung der Ablieferungsquellen durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung oder Nichterfüllung der Ablieferungsverpflichtungen;
8. Auflösung aller der Verfassung nicht entsprechenden gegenrevolutionären Truppenverbände und ihre Ersetzung durch Leute aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgendeines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben alle erworbenen Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangefastet, und
9. Rücktritt von Noske und Heine, die ihre Abtrittsgehalte bereits eingezogen haben.

Berlin, 20. März. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und der Deutsche Beamtenbund erlassen an den Anschlagläusen folgende Kundgebung: Die Vertreterkonferenz der am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erklärt, daß sie von den durch ihren Verhandlungsausschuß mit den Fraktionsvertretern der Regierungsparteien erzielten Ver-

einbarungen zwar nicht restlos befriedigt ist, ihnen aber gleichwohl zustimmt und hiermit den Generalstreik mit dem heutigen Tage als beendet erklärt. Als Ergebnis der Verhandlungen werden dann die von uns oben genannten Punkte mitgeteilt.

Eine aus Mitgliedern der U. S. P. bestehende Generalstreikleitung verhandelt demgegenüber bei der Fortsetzung des Streiks. Die ausständigen Postbeamten haben inzwischen die Arbeit wieder aufgenommen.

Rückkehr der Reichsregierung nach Berlin.

Berlin, 20. März. (Amstl.) Reichspräsident Ebert und die Mitglieder der Regierung, soweit sie nicht bereits in Berlin sind, kehren im Laufe des Sonntags nach Berlin zurück.

Präsident Fehrenbach ersuchte die Mitglieder der Nationalversammlung telegraphisch, sich Montag, den 22. März in Berlin einzufinden, damit am folgenden Tage die Fraktionen zu Beratungen zusammenzutreten können.

Die nächste Sitzung wird voraussichtlich am Mittwoch nachmittag stattfinden.

Die preussische Landesversammlung ist bereits auf Mittwoch, den 24. März einberufen. Minister Heine hat am Mittwochabend nach seiner Rückkehr aus Stuttgart dem preussischen Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch mit der Bitte um sofortige Beurlaubung überreicht. Dieser Bitte konnte wegen des Standes der Geschäfte nicht entsprochen werden. Minister Heine hat auch den Präsidenten der Landesversammlung Leinert zur Benachrichtigung des Verfassungsausschusses von seinem Schritt in Kenntnis gesetzt.

Berlin, 20. März. (Amstl.) Der über das Gebiet des Reichswehrgruppenkommandos 1 verhängte verschärfte Belagerungszustand ist heute nachmittag aufgehoben worden.

Die Lage im Reich.

In Breslau hat die Streikleitung die Forderung gestellt, daß das Militär die Stadt zu verlassen habe. Dieser Forderung ist inzwischen entsprochen worden. Daraufhin hat der sozialistische Ausschuß einstimmig beschlossen, den Generalstreik abzubauen, sich aber vorzubehalten, ihn wieder aufzunehmen, wenn die Truppen in die Stadt zurückkehren und den Frieden stören sollten. Die Arbeit sollte Montag aufgenommen werden.

Oberpräsident Philipp und Polizeipräsident Voigt, die von den Militärputschisten ihrer Ämter entbunden worden waren, sind wieder in ihre Ämter eingesetzt worden.

Breslau, 20. März. Die fünf sachmännlichen Eisenbahnverbände forderten den Rücktritt des Eisenbahnpräsidenten Halle und des Regierungsrats Nethers als Vorbedingung für den Abbruch des Generalstreiks. Halle übertrug darauf die Amtsgeschäfte an den Geheimrat Wegner. Regierungsrat Nethers wurde heute entlassen.

Biel, 20. März. Die Marinebrigade Löwenfeld hat in der vergangenen Nacht die Kaserne in Biel-Biel verlassen und sich über die Hochbrücke bei Holtenau nach Werben zurückgezogen. Bei dem Rückzug kam es zu Zusammenstößen mit bewaffneten Arbeitern, die die Umgebung besetzt hielten.

Schwerer Zusammenstoß in Königsberg.

Zu einem schweren Zusammenstoß kam es Sonnabend in Königsberg. Darüber wird durch Weißes Bureau folgende Darstellung verbreitet:

Zu einem Zwischenfall kam es gestern Abend am Schlosse. Gegen 4 Uhr nachmittags sammelte sich vor der Hauptwache eine mehrere hundert Köpfe zählende Menge, meist jugendliche Burken. Gegen 4½ Uhr wurde ein Offizier am Schloßplatz von der Menge angegriffen und tödlich beleidigt. Der Offizier suchte die Schloßwache zu erreichen. Der Wacht-habende der Schloßwache eilte dem bedrängten Offizier zu Hilfe. Darauf fielen aus der Menge Schüsse, die der Wacht-habende erwiderte. Als darauf die Menge über die Droht-verhaue voranrückte und weitere Schüsse auf die Schloßwache abgab, gab der Wacht-habende Befehl zum Feuern. Drei Männer und eine Frau erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Das Schloß wurde darauf abgesperrt. Es ist festzustellen, daß die organisierte Arbeiterschaft an den Vorgängen am Schloß nicht beteiligt war.

Nach den gestrigen Feststellungen sind nach der letzten Schikerei am Schlosse im ganzen acht Personen in das städtische Krankenhaus eingeliefert, darunter eine Frau, die einen Lungenabschuß erhalten hatte, der den Tod herbeiführte. Gestorben ist ferner der Tischlermeister Baumgart, der einen Bauchschuß davongetragen hatte.

Verhaftungen einiger Hochverräter.

Königsberg, 20. März. Heute vormittag wurde der Hauptstiftleiter der „Ostpreussischen Zeitung“, Eduard Konek sowie dessen Stellvertreter Paul Ehrh und der für innere Politik verantwortliche Professor Rahn in Haft genommen, wie verlautet, unter dem Verdacht des Hochverrats.

[illegible][illegible][illegible]

Wir könnten unsere Beziehungen noch leistungsfähiger for-
tsetzen. Nicht Duzende, sondern Hunderte von hohen und
guten Beamten des alten Regimes hätten die infiniten
Bedürfnisse zu den Stellen hin gebracht werden. Wie-
rum jetzt solche moralische Entwertung? Jetzt gilt es,
zu beweisen, daß die noch immer fortwirkenden Nachteile
des alten Regierungssystems Schäden sind, die durch die
neue Regierung entstanden sind. Deswegen nimmt Heftig-
keit den Mund voll und die Dummheit rufen es über noch

Ein Wort zu berichten war, daß die schmerzlichen Worte
des ~~Ministers~~ des ~~Äußeren~~ des ~~Ministers~~ schon so weit ge-

So geht es dem Proletariat, wenn es vertrauensvoll
hinaus in die Feinde der Diktatoren geht: ohne sich die
Macht zu erhalten, Leute, die sich nicht bewähren, nimmt
wiederum ein und überdes Gelege auf gegen den Willen
der Bewährten einzuführen!

Die Direktoren des „Kassabüros“ Petrebe bestimmen männliche Gehälter, von denen die „Eigenschaftlichen“ (ohne Anzahl wieder falsch) hohe Kapitalien erlangt haben.

profitieren reiche Selbstungsgeister und legen sie sehr gewinnreich an — z. B. in Aktien von Bergwerken, deren Kapitalisierung deshalb beschränkt werden muß.

So sieht die „Tatatur“ aus. Daß es sich so verhält, können die „Anabhängigen“ aus dem leitenden Blatt ihrer eigenen Blätter entnehmen. Das dazu keine Ansicht lagt, aber die Tatsachen um so eindrucksvoller werden läßt.

Nach den Mitteilungen der „Freiheit“ am holländischen Programm festzuhalten, heißt doch, mit offenen Augen in das eigene Unglück führen.

One Million = 50 000 Mark.

(Ein einfaches Beispiel können es leicht zu beweisen, wie
ein Kriegsgewinnhaber dabei zu Grunde geht und den Staat
angelt.)

Nehmen wir an, daß ein Mann im ersten Jahre des Krieges ein Grundstück erworben hat, das damals eine Million Mark kostete. Das Grundstück ist heute nachdem der Wert der Immobilien ungefähr um 100 Prozent gestiegen ist, etwa zwei Millionen Mark wert. Der Mann verkauft nun sein Grundstück; nimmt er dafür zwei Millionen Mark, so fällt eine Million als Gewinn unter die Versteuerung der Kriegsgewinnsteuer und er muß einen sehr bedeutenden Teil seines Gewinnes abgeben.

Was tut er nun? Sehr einfach. Er kündigt eben einen Vertrag mit dem Käufer, doch dieser das betreffende Grundstück für eine Million hunderttausend Mark ankaufte, aber davon 50 000 Mark in Gold zu zahlen hat. 50 000 Mark in Gold entsprechen nach dem heutigen Stande des Goldmarkes ungefähr einer Million in Papier, so daß der Herr Grundstückseigener die zwei Millionen doch bekommen hat, da die Goldmünzung auf dem Wege eines Gesetzes noch nicht beschafft worden ist.

Die Methode der Steuerhinterziehung ist in den schiedstreuern in den letzten Wochen allgemein beliebt geworden und hat eine berartige Ausbreitung erfahren, daß auf die Goldpreise eine gewaltige Wirkung ausübt. Das normale Steigen des Goldpreises ist, neben der allgemeinen Inflation, auf dem Umstand auszufließen, daß Schieber, die Grundstücke in der oben erwähnten Art und Weise gekauft haben, große Mengen Goldes zur Bezahlung ihrer Kasse fuhren und dadurch die Goldpreise mit in die Höhe treiben. Es wird also dem Staat ein doppelter Schaden verursacht, da, abgesehen davon, daß Hunderttausende an Kriegsschulden hinterzogen werden, noch durch die Verluste auf den Goldpreisen und damit auch auf die deutsche Währung eine große und ständige Wirkung ausgeübt wird.

Größer viele Ärt der Strauchentzerrung gibt es eben nur ein Mittel: die forschende Aufwühlung der Goldfelder nach dem Tode der Salmunen in Gold. Dann erst wird es möglich sein, die Herren Schreiber, die heute noch lustig ihre Verbrechen betreiben, zu ertappen und ihre Kriegsgewinne beizukommen zu können.

Die „Welt zum Experiment“, den Unterhaushofmeister Baden
Münsterischen Rathschmieds forderte, beweißt jetzt Münster
samt und mit der unter bestimmten Voraussetzungen erfolgenden
erforderlichen Befreiung des Untergerichts in ständiger Schenk-
ung. Unter dem Wort eines solchen von landesherrlicher Bindung
des Untergerichts steht der in Deutschland zu hoher Ausbildung
weisen ist, in einer unteren Hochschule bisher eine Befreiung
des zu erwarten. Gegenwärtig Bestimmungen und Befreiungen
unter dieser auf Befreiungsbefreiung anliegen. Die Mehr-
zahl der Befreiungen bewahrt eine ständige. Allen drei Ver-
fahren steht aber mit einem Recht grundlegend gebietet sein.
Schwierigkeiten der nur die ständige Befreiung des neuen
Untergerichts in der bestehenden Schenkung. Gilt brachte die
angenehme Annahme der Befreiung des Untergerichts
am 10. October 1871 die es allgemein unterliegt, Münster,
die die Befreiungsbefreiung vollständig, während der Befreiung
an Befreiungsbefreiung an anderen Untergerichtsbehörden zu gewinnen.
Der Münster meint nur sich überall da wo die Befreiung zu haben
ist, Münster die von der Befreiung an Befreiungsbefreiung
nicht sich Befreiungsbefreiung ständige Befreiung, allgemeine
Befreiungsbefreiung eingeleitet werden kann. Katholisch darf kein
nach der Befreiung an Befreiungsbefreiung gewonnen werden.
Nicht ist kein Recht zur Befreiung verpflichtet. Die Befreiung
kann die Befreiung einer Befreiungsbefreiung, die nicht

Das Universitätsstudium der Lehrer.

Einseitig oder endgültig angestellte Lehrer, die beschäftigten Lehrkräftestudium zu treiben, können für diesen Zweck beurlaubt werden, und es entspricht meinen Wünschen, daß ihre Urlaubsgelände entgegenkommend behandelt werden. Die Beurlaubung der Lehrer wird indessen nur im Einvernehmen mit dem Schulverbande erfolgen können, zumal es sich meist um eine Beurlaubung für mehrere Jahre handelt und es oft ohne Antragsstellung nicht möglich sein wird, die von dem Lehrer bisher besessene oder gleichwertige Stelle in denselben Schulverband während eines so langen Zeitraums offen zu halten. Es wird am Eingetragten geprüft werden müssen, ob bei längerer Beurlaubung des Lehrers noch ein geordneter Schulbetrieb möglich ist. Fernhinreichend würde der Lehrer zu entlassen und der Schulverband um wohlwollendes Entgegenkommen bei der Wiederanstellung zu ersuchen sein, wenn er später seine Wiederanstellung im Nachschub nicht nachlassen sollte.

Die Schulverbänder können nicht angehalten werden, Lehren für die Tante des Stubiums auf Universitäten und anderen Hochschulen das Stelleneinkommen oder den für die Vertretung des Lehrers nicht gebührenden Selbstbeitrag weiterzugewähren. Soweit jedoch die Schulverbände freiwillig bereit sind, das Stelleneinkommen ganz oder teilweise fortzugewähren, ist dem von Schulverbänden wegen nicht entgegenzutreten. Andernfalls müssen die Lehrer die Kosten ihres Stubiums selbst tragen und hätten in diesem Falle auch keine Feuerungszulagen zu beanspruchen. Diese würden aber zu zahlen sein, wenn das Stelleneinkommen ganz oder teilweise fortgewährt wird und die Stellvertretungskosten von dem Lehrer getragen werden.

Der „Schwarze Satan“ des Herrn Schmidt.

Wir schrieben Freitag, zu unserm größten Bedauern irrtümlich, daß sich in der letzten Stadtverordnetenversammlung der unabhängige Sprachrevolutionär, der den Verfassungstadtvorordneten Gailowski einen „Schwarzen Satzen“ schenkte, nicht zu seiner Tat bekannt habe. Tatsächlich hat er sich, allerdings erst im heftigsten Gedränge, doch noch genannt. Es lag auf der Hand, daß es sich bei der Klobigkeit der Rede allein um eine der ersten geistigen Kräfte der unabhängigen Stadtverordnetenfraktion gehandelt haben müsse. Es war denn auch der Herr Eduard Schmidt. Als der hiesig-Bundesische Stadtv. Ritz auf die Entrüstung aufmerksam machte, mit der die Unabhängigen in der vorhergegangenen Sitzung eine mehr beiläufige persönliche Bemerkung beantwortet hätten und auch die Rüge des „Schwarzen Satzen“ forderte, schwieg Herr Schmidt heldenmütig. Erst nach weiterer Debatte gestand er seine Tat, abtölpelnd ohne sie zu bedauern. Dafür leistete er sich den pfeiften Zirkuswitz, nur den „Schwarzen“ Satzen zurückzunehmen. Seine Fraktion schüttelte jedoch diesen Bannerträger höchster parlamentarischer Sprachkunst, das teilten wir schon gestern richtig mit, nicht ab. Um diese Richtigkeitsung kamen wir auch aus dem Grunde nicht herum, weil wir aller Erfahrung nach hätten erwarten müssen, daß der revolutionäre Ehrgeiz des Herrn Schmidt uns sonst durch den § 11 des Reichsgesetzes zu der Feststellung gezwungen hätte, daß er und kein anderer der Erzeuger des „Schwarzen Satzen“ ist.

Es finden heute, Montag, Mittwoch und Donnerstag in allen Bezirken außerordentliche Bezirksversammlungen statt. Neben Vorträgen über die politischen Ereignisse der letzten Zeit soll Stellung genommen werden zum kommenden Parteitag, der Parteitage und Reminiscenz der Candidaten zum Parteitag. Es ist Pflicht der Mitglieder, die Bezirksversammlungen zu besuchen. Zum 2. Bezirk gehört jetzt nach der Neuerteilung der Stadtteil der vom Kirchbühlischen Graben und Traufenden Wasser anwärtende zum Elbvorort führt. Die Mitglieder, die ihren Bezirk nicht kennen, werden sich in das nächstfolgende Bezirksamt begeben.

Heute, Montag, den 22. S., abends 6 Uhr:
Beginn im „Hallen-Loungen“, Seumarkt 10. Referent Gen.
Brockhoff.

Wittmoos, den 24. 3. abends 6 Uhr:
Besitz im Stad. Gymnasium am Winterplatz (Mül). Refe-
rent Gertrude Neef.

Bezirg (Steinbrenner) im Restaurant „Zur Hoffnung“, Al.
breitengasse 21, abends 8 1/2 Uhr.

Donnerstag, den 25. 3., abends 6 Uhr:

Wohnt im Eingangs der Petrusstraße, an Hauptplatz. Neben
Gemeinde Grünhagen.

Bezirk (Schiff) bei Steppuhn, Rarichdauferstraße.
Bezirk (Landwehr) bei Prof. Brunshörmann 38

0 Begrüßung im Restaurant „Herderhof“, Ansbach, abends 8 1/2 Uhr.

24. 24.11 (1940) bei Eichenblättern, davor 01.2. 441.

Zuteilung von Justermitteln.

macht Tönzig in die schlechte Lage der Futtermittelherstellung

schon bekannt. Die Anträge auf Zuteilung von Futtermitteln werden nach Dringlichkeit berücksichtigt. Vor allen Dingen ist das

Verpflichtung besteht, bei der zuständigen Stelle in Berlin die
Versicherung der den Selbstversicherern auferlegten Leistungen

Es steht zu erwarten, daß die Rücklieferung in
MDE erfolgt.

Stammesbezirksleiter für den 36. und 37. Stadtbezirk ist ein

Stelle des Herrn Sanftner Herr Kaufmann Zoller Nachf.
 Herr Sanftner Kaufmann Nr. 19 Berlin Nordend.

Für unsere Postbezieher in den polnischen Gebieten.

Da die polnischen Postanstalten für den nächsten Monat keine Bestellungen auf die „Danziger Volksstimme“ entgegen nehmen, bitten wir unsere Leser, den Abonnementsbetrag von

4,50 Mark für den Monat April

an uns rechtzeitig einzulösen, damit wir von hier aus die Ueberweisungen veranlassen können. Die Zustellung unter Streifband kostet 6 Mark pro Monat. Die Einlösung des Geldbetrages erfolgt am zweckmäßigsten durch Wertbrief.

Unsere Postbezieher in deutschen Gebieten und im Freistaat Danzig bitten wir, ihre Bestellung umgehend bei der Post zu erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Der Postbezugspreis für diese Gebiete ist 3,50 Mark ausschließlich Zustellgebühr für den Monat April.

Die Expedition der „Danziger Volksstimme“
Am Spendhaus 6.

Danziger Nachrichten.

Korruptiertheit des Unverständes.

Wer mit der gesunden Vernunft dauernd im Kriege liegt, kann auch kein Meister der Sprache sein. Deshalb ist es auch kein Wunder, daß die Mäcker des unabhängigen „F. V.“ weder einen sauberen noch einen klaren Gedanken fassen können. Es ist eben durchaus nicht so leicht, urplötzlich vom konservativen Kreisblattstheres zum ehesten unabhängigen Revolutionär zu werden und andere Leute trotzdem für anständige Menschen zu halten. So ist es also ganz selbstverständlich, daß das „F. V.“ heißungrig aus dem „Falle Winnig“ ein Generalverbrechen der gesamten Sozialdemokratie machen möchte. Es wächet die Unabhängigen eben kein Sturzbad von der Versündigung am Volke ab, daß allein ihre gewissenlose Putsch- und Generalstreiktheorie den Boden für die Kapp-Revolution geschaffen hat. Selbst die verzweifeltste Demagogie kann diese Tatsache nicht aus der Welt schwindeln. Deshalb muß es auch gar nichts, wenn die diktatorischen Schuldhalter Kapps sich jetzt noch als revolutionäre Retter der deutschen Freiheit schminken möchten, die sie doch in jeder Weise als gemeinen „schweinförmigen“ Volksbetrug herabwürdigt haben.

Das „F. V.“ sieht das Mische dieser Mühe auch ein und stürzt sich deshalb auf den Kranken Winnig. Statt liegt das ehestirnte Gebauer-Welt, daß wir, um den Hochverrat Winnigs an den Arbeitern zu bemängeln, geschrieben hätten, daß er seit Montag schwer krank zu Bett liege. Dazu über-

nimmt das — Blättchen unbelehrt den gleichwertigen Kapp-Schwindel seiner gefinnungsverwandten „Danziger Neuesten Nachrichten“, daß die Volkregierung mit der militärischen Diktatur ein alle Interessen der Arbeiter verlegendes Kompromiß schließen wolle. In Wahrheit bestand dieses „Kompromiß“ darin, daß die Regierung Ebert-Bauer ein hartes Hochverratsgeleitz einbrachte, daß die Vermögen der Meutereiführer konfiszieren, und mit ihnen jedes Verbaldein ablehnte! Doch das „F. V.“ jubelte ungeniert, der „efflatante Fall — Winnig“ — zeige wieder einmal in klarster Offensichtlichkeit die bodenlose Korruptiertheit der rechtssozialistischen Politik. Das schreibt ausgerechnet derselbe Herr Gebauer, dem Genosse Grünhagen klipp und klar nachgewiesen hat, daß er selbst dann noch bei der Unwahrheit bleibt, wenn sogar zwölf Zeugen das Gegenteil beweisen. Und derselbe Genosse schreibt sogar buchstäblich: „Korruptiertheit!“ Was das heißt und bedeuten soll, wissen wir nicht. Selbst der allwissende Duden, die sonst nie versagende Bibel der Buchdrucker, weiß nichts von dem abgrundtiefen Schiefen dieses katastrophalen Selbstesturzes des Herrn Gebauers. Wohl gibt es eine Korruption, die den Begriff des Verderblichen und Verleichen umfaßt. Eine Korruptiertheit kannte die Sprache bisher jedoch nicht. Erst der hilflosen Vergeßung der Demagogen, die schon jetzt von den geschichtlichen Tatsachen ausgepeitscht werden, mußte ihr böses Gewissen hinter selbstverfälschten inhaltsleeren Etwörtern flüchten. Soll die Wortmischgeburt überhaupt einen kennzeichnenden Inhalt haben, so kann das einzig nur für die Intelligenz, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit der unabhängigen Revolutionist und ihre Hüter gelten.

Die Versorgung der pensionierten Eisenbahnbeamten.

Nach Auflösung der Preussischen Staatsbahndirektion in Danzig erfolgt die Bearbeitung der Angelegenheiten für die im Freistaat und in dem an Polen abgetretenen Gebieten wohnenden Eisenbahnbeamten im Ruhestand und Hinterbliebenen von Eisenbahnbeamten durch die Eisenbahndirektion in Stettin. Etwaige Anträge auf die Bewilligung von Unterhaltungen, Kriegsheilf, Festlegung der Ruhegehälter usw. sind an diese Eisenbahndirektion zu richten.

Eine wichtige Betriebsversammlung von Schichau findet Dienstag 24. März in der Mauerbergstraße statt. Mitgliedsbuch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist vorzuzeigen. Näheres siehe Anzeiger.

Von den Kunstschätzen der Marienkirche war bisher ein Teil der Besichtigung nicht zugänglich, weil er nicht in entsprechender Weise aufgestellt war. Der Wunsch nach passender Aufstellung ist wiederholt laut geworden. Der Gemeindevorstand zu St. Marien hat den Provinzialkonservator, Rautat Schmid, und Vertreter des Magistrats zu einer Besichtigung der Kunstschätze der Marienkirche gebeten und darauf mit einer besseren Aufstellung der Kunstschätze den Anfang gemacht. Er hat sich über aufstehende Erklärung, von sich aus die ganzen Kosten der Umstellungsarbeiten zu tragen und hat den Magistrat gebeten, die Stadt möge zu den Kosten die Hälfte beitragen. Der Magistrat hat beigestimmt, dem Antrag zu entsprechen und ersucht die Stadtverordnetenversammlung, die Hälfte der vom Gemeindevorstand nachzuweisenden Kosten bis zur Höhe von 3000 Mk. zu bewilligen.

Ein Pelzmarder gestohlen. Dem Kaufmann Pulvermacher ist aus der Konfektorei von Grenzberg ein wertvoller Pelz gestohlen worden. Als Täter ist von der Kriminalpolizei der Monteur Alfred Griebel 5 a. wohnhaft, ermittelt und festgenommen. G. wollte den Pelz an einen hiesigen Händler für 5000 Mark verkaufen. Zum Verkauf hatte er sich nach dem Händler Ernst Altmel, Große Wödenstraße 10 wohnhaft, begeben. Beide wurden

festgenommen und dem Gericht zugeführt. Der Pelz konnte dem gestohlenen Pulvermacher zurückgegeben werden.

Fühnerdiebstahl. Der Arbeiter Johann Gromm, Ohra-Mühlweg 3 wohnhaft, ist auf Plattenboden mit 4 wertvollen lebenden Fühnern angetroffen und festgenommen. Er gab erst an, die Fühner in Wölzig gekauft zu haben, was ihm nicht geglaubt wurde. Später gestand er, die Fühner in Sperlingsdorf von einem unbekannten Besitzer gestohlen zu haben.

Großer Kleiderdiebstahl. Am 16. März in der Zeit von 5 bis 7 Uhr nachmittags drangen Einbrecher in die Wohnung des Restaurateurs Gunkl, Schladhof, und haben sämtliche dort befindlichen Kleidungsstücke, darunter Pelze, Herrenanzüge, gestrichelte Hosen, 4 lebende Wölfe, 1 grauen Anzug, 1 blaues Damenmantel, 1 Velourhut, Bettten und 1 Bettgestell. Für die Wiederbeschaffung wird eine hohe Belohnung gezahlt.

Aus den Gerichtssälen.

Ein falscher Soldatenrat. Der Landwirt Josef v. Kurlachewitz in Jankau hatte sich vor der Strafkammer wegen verführten und vollendeten Betruges und Diebstahls zu verantworten. Die Tatsachen wurden gemeinsam mit einem Gizeu verurteilt, der jedoch nicht erschienen war. Da er von einem polnischen Gericht abgeurteilt zu werden wünscht. In der Zeit der Soldatenräte gingen die beiden Personen als Feldgrauen mit einer roten Binde versehen als Mitglieder eines Soldatenrates, die sie jedoch tatsächlich nicht waren, auf Land, um sich Waffen zum Weiterverkauf zu beschaffen. Sie erklärten, sie seien vom Landratsamt beauftragt, die Waffen zu beschlagnahmen. Sie kamen zu einem Begemeister, der ihnen jedoch erklärte, er würde die Waffen selber zum Landrat bringen. Einem Gerichtsdienmann nahmen sie die Waffen mit Gewalt ab. Ebenso nahmen sie einem Gemeindevorsteher und einem Richter die Waffen fort. Eine Frau wies die beiden Personen ab und erklärte ihnen, sie sollten wiederkommen, wenn der Mann zu Hause ist. Sie stiegen darauf durch ein Fenster ein und nahmen das Gewehr fort. Die Strafkammer verurteilte Kurlachewitz wegen dieser Straftaten zu 2 Jahren Gefängnis.

Aus dem Freistadtbezirk.

Einführung des Bürgermeisters Laue.

Zappol. Freitag wurde der kommissarische Bürgermeister Stadtrat Dr. Laue im Auftrag des Regierungspräsidenten Hoerster durch den früheren Landrat des Kreises Neustadt, den Grafen Baudissin, in sein Amt als Bürgermeister der Stadt Zappol eingeführt. Zu der Feier waren die Beamten und Angestellten des Magistrats eingeladen und erschienen. Nach einer Ansprache des Herrn Baudissin überreichte derselbe dem Bürgermeister die Bestätigungsurkunde und verpflichtete ihn durch Handschlag. Hierauf begrüßte Stadtverordnetenvorsteher Höfster den Bürgermeister im Namen der Stadt. Bürgermeister Dr. Laue dankte den beiden Vorrednern für die warmen Worte und begrüßte die Versammlung und dankte für das Vertrauen, das man in ihn gesetzt hat und bat um die Mitarbeit der Anwesenden in seinem schwierigen Amt. Als Antwort für sein Amt wählte er Dichter worte. In Erledigung der weiteren Punkte der Tagesordnung wurde der Baumunternehmer Meier als Armenvorsteher für den 5. Bezirk gewählt. — Für Stützgeleiderunterstützungen wurden 500 Mark bewilligt. — An den Deutschen Frauenverein wurden zur Unterhaltung des Säuglingsheims 3000 Mk. bewilligt gegen 1000 Mark im Vorjahr. Ferner wurden noch einige Beiträge für das Wirtschaftsamt der Freien Stadt Danzig und den Westpreussischen Geschichtsverein bewilligt.

Genosse Stadtrat Rothke, der bisher beim hiesigen Magistrat als Bureauangestellter beschäftigt war, ist zum Sekretär auf Lebenszeit ernannt und als solcher bestätigt worden.

Der Schandfleck.

Eine Vorlesung von Ludwig Hagenruber

(Fortsetzung.)

66) „Wohl, es war ein schmerzhafter Unfall, wenn ich sagte, ich vermöchte, eines anderen Kind, eben so da zu sitzen wie ich bin, auch ohne dich; aber ich danke dir nicht für mich. Wie ich geworden bin, ist doch nicht dein Verdienst, und das Leben allein ist das wenigste, das ich einem gebe, und das geringste, das man auch schulden kann, schon eines, das ehelos und verlassen zur Welt kommt, mag sich des Dankes für quill halten, aber ich — war es lieber nie geschehen —, bin wider Ehr und Recht gekommen, du hast mir die Mutter elend gemacht und den mir liebsten Menschen auf der Welt getötet, ich kann kein Herz zu dir fassen.“

Der Müller blühte nicht auf, als er jetzt leise sagte: „So magst du reden, wo doch in weiter Welt selbst das Tier — das Tier — das eigene Blut anerkennt!“

„Versuch dich nicht darauf, Müller, was auch die Leute schwagen von verdammt Blut, das ordentlich aufstehen müßte, wenn sich Kind und Eltern, auch ungefallen, zusammenfinden, es ist doch nur gefaselt, aber für allezeit wahr bleibt Dankbarkeit und Liebe — nicht für den, der einmal Vater gewesen war —, sondern für den, der es auch immer geliebt ist!“ Sie erhob sich vom Stuhl. „Und das ist mir der alte Mann bis auf den heutigen Tag. Ich heiße nicht nur, ich bin auch Reindorfers Magdalena, und das erlebt er nie, daß ich mich von ihm abwend und dem zulauf, der vielleicht der Einzige auf der Welt ist, den er nicht leiden kann. Wie ich auf die Welt gekommen bin, hab ich ihn gekränkt, das war unerschuldeterweise, verschuldeterweise fränt ich ihn, seit ich bei Verstand bin, nimmer, auch um deine Mühe nicht und hätte sie leben Gung und mahite pures Gold!“

Der Müller hielt sie an der Hand und sagte, jedes Wort aus der beklemmten Brust heraufholend: „Wohl — die meine hat nur zwei und mahit Korn —, doch überleg es — es könnt dich reuen.“

„Es prekte die geschlossenen Lippen fester zageinander, rih sich los, schritt aus der Gaststube und eilig, ohne umzublicken, die Straße dahin.“

Da überleg, wer jede Sorge fürchtet und harte Arbeit scheut, Sie läßt sich dem Vater nicht weglaufen, den hat sie über Sorge und Arbeit alt werden sehen, sie fürchtet nicht die erste und nicht die letzte. Sie ist Reindorfers Magdalena und sie bleibt es!

Wie gern hätte sie den Vater zur Stelle haben oder sich gegen jemand aussprechen mögen, an dessen Meinung ihr gelegen war, etwa gegen den Grasboden-Pauer! Aber das ging doch nicht an. Sie horchte auf den Schall ihrer Tritte, unter welchen die Sohle des einen Schuhs knarrte, und wie sie so stramm aufschritt, da klang es ihr ganz deutlich: „Recht — ge — tan! Recht — ge — tan.“

Der Müller warf die Fische auf den Tisch. Sein Freund trat hinzu. „Ein Kermischel, das, ohne dir zu schmeicheln. Schade, daß du die Freude daran einem andern überlassen mußt. Begreif es, du müdest gern die auch noch, lieber Freund, der Mensch muß mit alles was!“

Sie stiegen auf und fuhren davon. Gar bedächtig trottete das Mädchen an dem Gehöfte des Grasboden-Pauers vorbei, aber hinter keinem Fenster, unter keiner Türe, um keine Ecke zeigte sich, was der Müller zu sehen hoffte; da senkte er den Kopf, starrte vor sich hin und sagte mit den Worten, sein Witz des lustigen Wortes verfiel mehr, so daß dieser gar bald auch verstümmelt und verstimmt dasak und erst, als sie der Kreisstadt nahe kamen, aufatmete.

„No sind wir gleich heim“, sagte er, „und da trinken wir eins, und da spült all den Gist, Gell und Kerger hinunter.“

„Dagegen halt freilich das Trinken, aber gegen das mit“, sagte feiernd der Müller, „was mich bedrückt. Ich mag gar mit einlehen.“

„Was, mit mal einlehen, in die Nacht hinein fahren willst?“ rief der Wirt. „No, weißt, ich red dich mit ab, wo ich es, man muß dir deinen Willen lassen, mit dir is nix anzufangen; aber da halt dich jetzt auch nur der Straße nach, ich fähr meinen Weg die Stadt hinein schon zu Fuß. Schüt dich Gott!“

Der Müller hielt an, der Wirt sprang vom Wagen. Beiden war es lieb, einander loszuwerden.

Das Gefährt raddelte langsam in der immer lautloser werdenden Gegend dahin, und der Mann, der gefesteten Pauers auf dem Rutschboden sah, seufzte oft schwer auf.

Wenn man jung ist, da drängen sich Freundschaft und Lieb an einen heran, und wenn man sie gleich im Übermut mißbraucht, aber schier meine ich, sie merken sich das, und wenn man alt und vereinsamt darnach sucht, dann bleiben sie weg! Hinterher gilt kein Besinnen, da tritt alles Elend, worauf man keinen Gedanken gehabt, einem wahr und leidhaftig entgegen. Wie gut tun die, die sich von dem Geküßten, der in unser jedem

steht, nicht kühn, nicht zu schadenfrohen, babbischem Lutz reizen lassen, die ihn unterdecken und in dem verschwiegenen Winkel der Brust verbergen, daß er da verdorrt und verdorrt. Wie wohl mag denen sein, die niemandem was getan!

Wenn nicht heut, sicher morgen, schreibt die Dinn dem Alten, daß sie nicht von ihm gelassen hat und nicht von ihm läßt, nicht um eine Mühle mit sieben Gängen, die pures Gold mahlt! Und er mag — er muß wohl seine Freude an ihr haben. Wer nicht, der eines so mit Leib und Seele sich anhängen weiß!

Der Mensch muß nicht alles wollen. Er nur eines wollte ich, daß ich den Reindorfershof all meine Tage mit keinem Auge gesehen, mit keinem Fuße betreten hätte! Wir gingen und jetzt nicht gott- und weltverlassen daheim unter den Augen herum, mir wäre nicht, wenn meine Alte herankommt oder ich wegleicht, als gäbe sie mir an allem Schuld, mag sein, sie denkt nicht daran, aber mir ist so — mir ist so, sie mag kommen oder gehen!

Goldenes Glück hat mich an dem Ort gelockt, wo mich der Jammer in die Arbeit genommen, und er wird nicht früher ablassen, bis er mit mir fertig, es soll nichts hinaus, was ihn mündert. Was tut es? An allem liegt nicht viel und an mir wenig. Wart es ab, länger wie ich kann es nicht dauern, und das ist nimmer lang!

Die Müllerin fragte ihn bei seiner Rückkehr nicht, was er ausgerichtet, und eine Zeit darauf sagten die Leute: „Der Müller merkt man es wohl an, ihn freut es nimmer.“

XX.

War die erste Wahnung an die Heimat, unter welcher Magdalena Herz schmerzhaft aufkamm, wie ein plötzlicher rauher Riß, der die kaum verheilte Wunde aufs neue blöfzte, so war die zweite — die Begegnung von dorthier — brutal, aber heilend wie ein chirurgischer Eingriff, der sie wieder schloß. Jene waren tot, vor deren Begegnen, selbst in ihren Gedanken und Träumen, sie sich ängstigte, weil ein Wierfal zweifelhafter Gefühle auf sie einwirkte, jetzt konnte sie mit ihnen in wehmütiger Erinnerung verkehren und ihnen jedes liebende Anrecht auf sich einräumen, deslo schroffer mußte sie den Anspruch auf ein solches von seiten des Müllers zurückweisen, dem sie immer ferngeblieben hatte und dem nahe zu stehen sie sich nicht denken konnte, ohne daß er ihr all dies Erinnern und Empfinden verderbt und besetzte.

(Fortsetzung folgt.)

1. 1990年12月，在《中国环境报》上，刊登了“中国环境状况令人堪忧”的标题，并附有“中国环境状况令人堪忧”的副标题。

Aus aller Welt.

Die Organisation der Londoner Polizei.

Insbesondere über die mannigfaltige Organisation der Groß-Polizei London, die seit dem Beginn der letzten Jahre einer an großen Veränderungen reichenden Zeit durchläuft, hat die Londoner Polizei eine Reihe von Veränderungen durchgemacht. Der bekannte Kriminalkommissar Sir Robert Anderson, der seit dem Beginn der letzten Jahre die Londoner Polizei leitet, hat eine Reihe von Veränderungen durchgemacht, die die Organisation der Polizei in London neu gestalten. Diese Veränderungen betreffen die Organisation der verschiedenen Abteilungen der Polizei, die Organisation der verschiedenen Dienststellen der Polizei, die Organisation der verschiedenen Dienststellen der Polizei, die Organisation der verschiedenen Dienststellen der Polizei.

Entscheidung und Verhängung von Strafen absteht. Dieser Dienst der ansehnlichen Beamten verfügt die Londoner Polizei nach über die Sicherheit der bürgerlichen Bevölkerung. Die verschiedenen Abteilungen der Polizei sind in verschiedene Gruppen eingeteilt, die für die verschiedenen Aufgaben der Polizei zuständig sind. Die Organisation der Polizei in London ist eine sehr komplizierte Angelegenheit, die eine Reihe von Veränderungen durchgemacht hat.

werden. In neueren Zeiten und hat sich außerordentlich be-
nachrichtigt, indem durch sie eine engere Zusammenarbeit der einzel-
nen Bezirke und eine systematischere Kontrolle aller Verbrecher
erreicht worden ist. In dem Zentralbureau des Erkennungsdienstes
arbeiten noch ein großer Stab von Beamten unter einem
Leiter. Die Detektive der Londoner Polizei erhalten eine fort-
währende Ausbildung, bevor sie in den Stab der einzelnen Bezirke
eingeteilt werden. Sie werden in einer besonderen Schule in
den verschiedenen Geschäftsfeldern unterrichtet und diese Polizei-
schule ist dem Hauptbureau angegliedert. Vorlesungen werden
hier von Kriminalisten und anderen Sachverständigen gehalten,
und erst nachdem der Schüler den üblichen Proben seiner Tüchtigkeit
abgelegt hat, kann er Beamter des Erkennungsdienstes werden. In
diesem Unterricht nehmen auch die Detektive teil, die später in
der Polizei der Provinzialstädte Verwendung finden, und so wird
eine einheitliche Ausbildung gewährleistet.

Bekanntmachung. 5000 M. Belohnung!

Am 16. März 1920 ist in
die Kasse des Polizeibüros in Marien-
werder ein unbekanntes Geldstück
gefunden worden. Es handelt sich um
folgende Sachen:

1. Einmal Autostreifen (Kundenkarte)
2. Einmal Autostreifen (Kundenkarte)
3. Einmal Autostreifen (Kundenkarte)
4. Einmal Autostreifen (Kundenkarte)
5. Einmal Autostreifen (Kundenkarte)
6. Einmal Autostreifen (Kundenkarte)
7. Einmal Autostreifen (Kundenkarte)
8. Einmal Autostreifen (Kundenkarte)
9. Einmal Autostreifen (Kundenkarte)
10. Einmal Autostreifen (Kundenkarte)

Der Eigentümer der gestohlenen Sachen be-
trägt etwa 5000 Mark. Die Eigentümerin
der Sachen, die Englische Delegation in Marien-
werder, bietet eine Belohnung von
5000 Mark.

Dennoch ist die Polizei über den
Verbleib des gestohlenen Geldstücks
noch im Unklaren. Jeder, der
Informationen über den Verbleib des
Geldstücks erhält, wird um
5000 Mark belohnt.

Marienwerder, den 16. März 1920.
Der Erste Staatsanwalt.

Boppot.

Bekanntmachung des Lebensmittelamtes.

1. Verkauf von Rindfleisch (Kühe) zu 10 Mk.
2. Verkauf von Rindfleisch (Kühe) zu 10 Mk.
3. Verkauf von Rindfleisch (Kühe) zu 10 Mk.
4. Verkauf von Rindfleisch (Kühe) zu 10 Mk.
5. Verkauf von Rindfleisch (Kühe) zu 10 Mk.
6. Verkauf von Rindfleisch (Kühe) zu 10 Mk.
7. Verkauf von Rindfleisch (Kühe) zu 10 Mk.
8. Verkauf von Rindfleisch (Kühe) zu 10 Mk.
9. Verkauf von Rindfleisch (Kühe) zu 10 Mk.
10. Verkauf von Rindfleisch (Kühe) zu 10 Mk.

Boppot, den 16. März 1920.
Der Bürgermeister.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Danzig.

Achtung! Achtung!

Schichtarbeiter!

Am Dienstag, den 23. März, nachmittags
4 Uhr findet in der Mauerbergstraße, Schicht-
bureau, eine

Betriebsversammlung

für alle im D. M. A. organisierten Kollegen
statt. Tagesordnung wird in der Versammlung
bekannt gegeben.

Wichtige Beschlüsse werden
schleunigst erlassen werden.
Die Ortsverwaltung.

Selbstgekaufter Schmucktabak

la Qualität

in kleineren Packungen häufiger
Johann Kottuchowski,
Danzig-Schilling, Kirchhölzer Straße 113.
Geöffnet 1920.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Montag, den 22. März 1920, abends 8 Uhr
Dankkarten H. I.
Irisan und Holbe
Handlung in 3 Akten von Richard Wagner
Montag, den 22. März 1920, abends 8 Uhr
Die verführte Braut
Ein deutsches Spiel von Gold und Silber
von Kurt Hiller
Mittwoch, den 24. März 1920, abends 8 Uhr
Dankkarten H. I.
Mignon
Oper in 4 Akten von Ambroise Thomas.

Volkshochschule Danzig.

Dienstag, den 23. März 1920,
abends 6 Uhr,
Sporthalle:
Die Schöpfung.
Oratorium in 3 Teilen von Josef Haydn.
Ausführende:
Paula von Kronau, Danzig (Soprano)
Georg Funk, Berlin (Tenor)
Arthur van Lwyck, Berlin (Bass)
Der Volks-Chor.
Der Seminar-Chor (Leitung: Alfred Sebaer).
Das Stadttheater-Orchester.

Dienstag,
Victor Wolfgang Schwarz
Nebenreihe Stühle zu 4 Mk. u. 10 Mk.
bei W. F. Burau, Langgasse 39, und
an der Abendkasse Stühle zu 4 Mk. nur
an der Abendkasse. Vorverkauf der Volks-
hochschule erhalten gegen Einsendung der Ge-
schäfts-Nr. 13, 20 und 21 bei Burau 25%
Ermäßigung auf Stühle. (1920)



Stimme
Danziger Volksstimme
Wirkames Informationsblatt.

Stadt. Handels- u. höhere Handelsschule

Johannsgasse 65 Fernsprecher 281
in den männlichen und weiblichen Abteilungen
der Handelsschule und höheren Handelsschule
beginnen die neuen Osterklassen am 13. April.
Anmeldungen täglich außer Sonnabend 11-1 Uhr.
Der Abendunterricht in Einzelunterricht: Ein-
zelunterricht in Buchführung, Handelskunde mit Schreib-
weise, kaufm. Rechnen, Schreibweise, Kauschrit,
Maschine, Englisch, Französisch, Polnisch und engl.
Kauschrit beginnt am 12. April.
Anmeldungen von 20. März bis 8. April werktäglich
in der Schule, Johannsgasse 65 II.
Dr. Sittel, Direktor.

Depotacin

Leichtes, festes, weißes
in Tablettenform
Hervorragendes Narko-
tika-Mittel.
Aerztlich empfohlen
Aktion: 100 in Kartons
A 6,00 Mk. (214)
Adler-Apotheke
Tel. 1794 Ohra Tel. 1794

Zahn-Praxis

Hugo Lapoehn, Dentist.

Heilige Geistgasse 20, 2 Treppen
im Hause des Tuchgeschäfts von Rieß & Reimann.
Sprechzeit 9-1 und 3-7 Uhr, Sonntags 10-12 Uhr.
Zahnziehen mittels lokaler Betäubung.
Künstliche Zähne
in Kautschuk und Edelmetall, fest und bequem sitzend.
Goldkronen :: Brücken.
Umarbeitung
schlechtsitzender Gebisse.
Erstklassige Technik.
14jährige Fachtätigkeit.

Watson

Seife 60% Seife

in Originalkisten zu 72 Doppelriegeln
330 gr schwer (812)
liefern prompt frei Haus
Wreszynski & Pfingst
Danzig, Töpfergasse 32
Telegr.-Adr.: Pfingst, Danzig. — Telefon Nr. 1476.

Wir empfehlen:

Sozialwissenschaftliche Bibliothek

Jeder Band kostet kartoniert 3 Mark.

Band 1: Die deutschen Gewerkschaften im
Weltkriege. Von Paul Umbreit, Re-
dakteur des „Korrespondenzblattes der
Generalkommission der Gewerkschaften
Deutschlands“.

Band 2: Aufgaben der deutschen Gemein-
depolitik nach dem Kriege. Von Paul Hirsch.

Band 3: Die deutsche Zentrumspartei. Von
J. Meerfeld.

Band 4: Praxis der Handelspolitik. Von Max
Schippel.

Band 5: Karl Marx und die Gewerkschaften.
Von Hermann Möller, Zentr.-Arb.-Schr.

Band 6: Weltkrieg und Angestelltenbewegung.
Von S. Aufhäuser.

Band 7: England und Deutschland. Von
Waldemar Scharz.

Band 8: Der gewerkschaftliche Wiederaufbau
nach dem Kriege. Von Paul Umbreit.

Band 9: Jean Jaurès, Sozialist und Staatsmann.
Von M. Beer.

Band 10: Der Staat, die Industrie und der
Sozialismus. Von Parvus.

Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Volkswacht

Abonnementsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Rottenbühl 36.



Lichtspiele
am Hauptbahnhof.
Von Freitag, den 19. bis
Donnerstag, den 25. März
Der 8. und letzte Teil
des Riesen-Mia-May-
Film-Zyklus
Die Herrin der Welt!
Die Rache
der Maud Fergusson.
Drama in 6 Riesen-Akten.
Filmlänge 2500 Meter.
In den Hauptrollen:
Maud Fergusson
Mia May
Baron Murphy
Hans Mirrendorf.
Der 8. und letzte Teil
ist der interessanteste u.
an aufregend. Momenten
reichste d. ganz. Werkes!
Tagl. 3 mal Vorführung
3, 5 u. 7 1/2 Uhr
Sonntags 4 Vorführungen
2, 4, 6, 8 u. 10 Uhr.
Besuchen Sie die ersten
Vorführungen dann sind
Sie immer Platz.

Empfehle mein
Zigarren-Geschäft
in (6968)
Zigarren, Zigaretten
Kau-, Rauch- und
Schnupftabak
zu billigsten Tagespreisen
bittet um wertere Unterfertigung
E. Balda
Machhaushausgasse 55,
Ecke Hundegasse
und Melzergasse 16.

Korsetts

aus guten Stoffen
besonders billig.
Toska Gunkel
Kohlenmarkt 9
gegenüber d. Stadttheater.
Filialen in vielen Großstädten.

Schwarzer Anzug

zu verkaufen.
Neufeldstraße 11 u. 12.

Hasenfelle

lowie
alle übrigen
Häute
und Felle
kaufen zu den besten
Tagespreisen
J. S. Bauer,
Danzig-Schilling,
Brochhäuser Weg 22.
Tel. 1639, (818)
Auf Wunsch werden
die Felle abgeholt.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 20 Pfg. — Postcheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8280.

Nr. 70

Dienstag, den 23. März 1920

11. Jahrgang

Umbildungen in der Reichsregierung.

Noske und Heine zurückgetreten.

Berlin, 22. März. Das Rücktrittsgesuch des Reichswehrministers Noske ist vom Reichspräsidenten genehmigt worden.

Ein Nachfolger Noskes ist noch nicht ernannt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß das Kabinett noch weitere Veränderungen erfahren wird. So wird auch berichtet, daß der Blatzanger Schiffer (Dem.) ausgeschieden werden soll. Bürgerliche Blätter melden, daß die ganze Regierung Bauer in den nächsten Tagen zurücktreten werde. Aus dem preussischen Ministerium ist der Minister des Innern, Genosse Heine ausgeschieden.

Säuberung in der Verwaltung und Reichswehr.

Berlin, 22. März. Die preussische Staatsregierung teilt mit: Gegen den Oberpräsidenten Wintz, den Regierungspräsidenten v. Braun, den Oberpräsidialrat v. Haffel und den Landeshauptmann v. Brünneke in Königsberg sowie gegen den Geheimen Regierungsrat im Ministerium des Innern Döge, ferner gegen den Regierungspräsidenten Pauli in Schleswig ist das Disziplinarverfahren unter sofortiger Enthebung von ihren Ämtern angeordnet worden.

Der Oberst v. Schönstedt ist vom Kommando der Sicherheitspolizei Berlin abberufen worden.

Sämtliche Oberpräsidenten sind aufgefordert worden, über das Verhalten der Beamten während der sogenannten Regierung Kapp Bericht einzureichen.

Berlin, 22. März. Die Reichsregierung wird unverzüglich der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach die Strafverfolgung und Aburteilung der hochverräterischen Unternehmungen, auch soweit es sich um die der Militärgerichtsbarkeit unterstellten Personen handelt, ausschließlich den bürgerlichen Behörden und Gerichten zusteht.

Generalleutnant v. Estorff, der Befehlshaber des Wehrkreisamtes 1, ist beurlaubt worden. Das Kommando über den Wehrkreisbereich des Wehrkreisamtes 1 übernimmt Generalmajor v. Dassel, der Führer der gemischten Reichsbrigade Dassel.

Admiral v. Levetzow festgenommen.

Riel, 22. März. Nach einer Meldung der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ sind Admiral v. Levetzow, der normale Chef der Marinestation der Ostsee, und zwei Marineoffiziere in Lütjenburg von Arbeitern festgenommen und in das Gefängnis in Riel eingeliefert worden.

Die Lage in Berlin.

Teilweiser Abbruch des Generalstreiks.

Berlin, 22. März. Stadt-, Ring- und Vorortverkehr sind wieder aufgenommen worden. Die Post arbeitet. Die Warenhäuser und Geschäfte sind geöffnet. Mittlere und kleinere Fabriken arbeiten ebenfalls, soweit sie Strom haben. Hoch- und Straßenbahn fahren noch nicht. Die gestrigen Verhandlungen zwischen den Funktionären der drei Fraktionen haben zu keiner Einigung geführt. Obgleich die Gewerkschaftskommissionen beschlossen haben, daß die Arbeit zum Montag wieder aufgenommen werde, hat die Zentralstreikleitung heute morgen durch Flugblätter zum weiteren Verharren im Generalstreik aufgefordert. Auf heute nachmittag sind etwa 12 Versammlungen der Fabrik- und Handwerksbetriebe anberaumt, wo die gestern gewählten revolutionären Betriebsräte darüber entscheiden sollen, ob gearbeitet werden soll oder nicht.

Berlin, 22. März. (W. B.) Der Reichspräsident hat im Vertrauen darauf, daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit nicht gefährdet wird, die sofortige Aufhebung der Standgerichte in Groß-Berlin angeordnet.

Schwere Zusammenstöße in den Vororten Berlins.

In Adlershof ist es am Sonnabend zu schweren Kämpfen zwischen Reichswehrruppen und ausländischen Arbeitern gekommen. Zwischen Adlershof und Alt-Glienicke befindet sich ein großes Benzollager, das von einem Offizier und etwa 25 Mann bewacht wurde. Am Sonnabend vor-mittag rückten Aufständische, die aus Adlershof, Köpenick und Niederschönhausen gekommen waren, auf das Benzollager vor und stellten der Besatzung ein Ultimatum, abzurufen. Der Offizier lehnte dieses ab. Er betonte, daß er im Auftrage der alten Regierung auf seinem Posten ausharren würde. Gegen Mittag eröffneten die Aufständischen das Feuer auf die Besatzung, die sich tapfer wehrte. Schließlich, als die Besatzung auf den Offizier und vier Mann zusammenge-schmolzen war, mußte sie sich ergeben. Mittlerweile, als die Zusammenstöße beobachtet hatten, riefen Wägen herbei, das auf einem Panzerzug von fünf Autos schleunigst heranrollte. Die Aufständischen zogen sich nach Adlershof zurück, von dort kam es zu schweren Straßenkämpfen, die sich bis zum Abend ausdehnten. Die Truppen zogen darauf weiter nach Köpenick, zerstörten unterwegs die auf der Chaussee errichteten Barrikaden und setzten auch in Köpenick die Ruhe wieder her.

Nördlich Spandau kam es am Montag bei dem Dorfe Hennigsdorf, wo die A. E. G. große Fabriken hat, zu einem schweren Kampf zwischen Reichswehrruppen und Aufständischen. Es waren starke Banden aus der Gegend von Volken, gut ausgerüstet mit Maschinengewehren, gemeldet worden. Das Dorf Bölow hatten sie geplündert. Bei Hennigsdorf stießen sie auf eine von Spandau herbeigerufene Kompanie Reichswehr, die sich aber wegen der Uebermacht einweilen zurückziehen mußte. Nach Eintreffen von Verstärkungen wurde mit Artillerievorbereitung ein planmäßiger umfassender Angriff gegen den Ort Hennigsdorf unternommen. Es entwickelte sich dann ein heftiger Häuserkampf. Schließlich mußten die Aufständischen den Ort unter Zurücklassung von 14 Toten, zahlreichen Verwundeten und vielen Waffen räumen. Auf Seiten der Reichswehrruppen gab es zwei Tote und 12 Verwundete. Die Verfolgung nach Volken ist schrittweise fort. Die Brücken über die Havel nach Berlin sind von der Reichswehr besetzt.

Bei den aufständischen Arbeitern handelt es sich in der Hauptsache um spartakistische Elemente, die im Anschluß an die Kapp-Diktatur mit dem Wahnsinn einer proletarischen Diktatur spielen. Welch eifrige Propaganda die Kommunisten für die Ausrufung der Räterepublik machen, zeigte sich besonders in dem proletarischen Vorort Neukölln. Hier waren in den letzten Tagen durch Plakate an den Anschlagkäulen, die über und über mit roten Zetteln beklebt waren, sowie an Laternenstößen und Häusern die proletarische Bevölkerung zur Bildung einer roten Armee aufgefordert worden, für die eine Werbezentrale eingerichtet worden sei. Andere Zettel forderten auf zum Anschluß an Sowjetrußland, zur Einführung der Räterepublik, anderer andere tragen Aufschriften wie: Nieder mit den Offizieren usw. Ferner wurde in Aufschlägen, die von der R. P. D. unterzeichnet sind, den Mitgliedern der U. S. R. D. unter der Angabe, sie schickten nach den Ministerkesseln, Schlappheit in ihrer Haltung vorgeworfen.

Abflauen des Generalstreiks in Deutschland.

Nach dem Niederschlagen des Kapp-Putsches ist in den meisten Gegenden Deutschlands der Generalstreik wieder abgebrochen worden. Heute liegen darüber folgende Meldungen vor:

Die Hamburger Werften haben die Arbeit fast im vollen Umfang wieder aufgenommen.

In Kiel haben die Parteien beschlossen, die Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben wieder aufzunehmen.

Auch in Magdeburg wurde die Arbeit heute wieder aufgenommen. Straßenbahn- und Eisenbahnverkehr sind in geregelter Betrieben.

In Düsseldorf beschloß eine Funktionärskonferenz der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften, den Generalstreik abubrechen. Die Arbeiter und Angestellten wurden aufgefordert, am Montag, den 22., die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Sonntag ist vollkommen ruhig verlaufen.

Generalstreik in Polen.

Bürgerliche Blätter mußten in der vorigen Woche zu behaupten, daß die Differenzen zwischen der Sozialdemokratischen Partei (P. P. S.) und den polnischen Kommunisten ihre vorläufige Erledigung in einer gemeinsamen Aktion gefunden haben sollen. Die P. P. S. soll, um der äußersten Radikalisierung der Arbeiterklasse vorzubeugen, den Generalstreik für ganz Polen erklärt haben. Tatsache soll sein, daß eine größere Zahl von Betrieben, die für das völlig darniederliegende Wirtschaftsleben völlig unentbehrlich sind, in den früher nicht polnischen Teilen Polens die Arbeit eingestellt haben. Bei der Strenge, mit der der polnische Militarismus vor allem auch durch eine rücksichtslos gehandhabte Zensur herrscht, sind zuverlässige Angaben über den Streik direkt nicht zu erhalten. Uns ist jedoch mit aller Feinheit überhaupt denkbaren Zuverlässigkeit bestätigt worden, daß vor allem die Eisenbahnen in Kongresspolen und Galizien streikten.

Ungarn wieder Königreich.

Budapest, 22. März. Eine Regierungsverordnung erklärt, daß im Sinne des Gesetzes über die Wiederherstellung der Verfassung, wiewohl die Ausführung der königlichen Macht seit dem 13. November 1918 aufgehört habe, die Staatsform Ungarns auch weiterhin das Königreich sei. Demzufolge haben die staatlichen Behörden, Ämter und Anstalten die Bezeichnung nun „königlich-ungarisch“ zu führen und über die Landeswappen ist das Bild der ungarischen Krone anzubringen.

Ungarn ist demnach ein Königreich ohne König. Es hat vorläufig nur einen „Verweser“. Aber bei den vielen 3. J. stellenslosen Monarchen wird es den ungarischen Reaktionären nicht schwer fallen, bald den geeigneten Mann für den Thron zu finden.

Die Arbeiter und die neue Einkommensteuer.

Nachstehend geben wir einen Auszug unseres Steuerfachverständigen Genossen Wilhelm Heil wieder, da die deutsche Steuerlegislation auch für den Freistaat Gültigkeit hat.

Es gibt künftig in Deutschland nur noch eine Einkommensteuer, und darum heißt sie „Einkommensteuer“ und nicht „Reichseinkommensteuer“. Die neue Steuer wird sehr wirksam. Die Regierung will 8 Milliarden aus ihr herausholen, ohne die besondere Einkommensteuer, die die juristischen Personen auf Grund des Körperschaftsteuergesetzes zu zahlen haben. In der Vertriebszeit gingen im Reich in den Ländern und Gemeinden zusammen an Steuern aller Art kaum 5 Milliarden ein! Wehr-scheinlich wird die neue Steuer bei der wachsenden Verbrauchs-lust noch mehr als 8 Milliarden bringen. Das wäre erwünscht, denn jede Milliarde, die die relativ gerechte Einkommensteuer bringt, braucht nicht durch relativ ungerechte Steuern erhoben zu werden.

Ein Arbeiter mit 9000 Mark Jahreseinkommen z. B. hat, wenn er ledig ist, 12, 13 Prozent wenn er verheiratet ist und zwei Kinder hat, 7,56 Prozent wenn er 5 Kinder hat, 4,4 Proz. Steuern zu zahlen, bei 50.000 Mark Einkommen macht dagegen die Steuerlast schon 25 bis 26 Prozent, bei 100.000 Mark 33 bis 34 Prozent, bei 200.000 Mark 41 bis 42 Prozent, bei 500.000 Mark etwa 50 Prozent, und sie steigt bei den Einkommen bis zu 60 Prozent. Diese noch eher zu verachtenden Summen sind die Tatsache, daß die unvermeidlichen Rückschlüsse aus statistischen Abweichungen noch lange nicht vollständig gedeckt sind, hat und veranlaßt, auf eine größere Ertragskraft der Einkommensteuer hinzuwirken.

Unsere Anträge gingen dahin, unten noch mehr Schonung zu erwirken. Bei den Einkommen von etwa 40.000 Mark zu über den Tarif in der Weise zu verschärfen, daß der auf 60 Prozent her-messene Höchstbetrag der Verlaste nicht erst bei einer halben sondern schon bei einer Viertelteiliger Einkommen erreicht würde, und dann mit der Staffelung fortzufahren, bis zu 80 Prozent, die bei einer halben Million in Kraft treten sollten. Die bürgerlichen Parteien lehnten diese Umgestaltung des Tarifs ab. Im Reichstag ab mit dem Hinweis darauf, daß bei den hohen Einkommen die zum größten Teil aus Vermögen kommen, nach der Kapital-ertrag, die Grund- und Gebäude, sowie die Körperschaftsteuer hinzukommt, wodurch an sich schon eine Gesamterlastung der größten Einkommen bis zu 90 Prozent eintreten könne. Dieser Hinweis ist richtig. Wenn wir trotzdem unsere Anträge stellen, so wollten wir mit voller Absicht den antikapitalistischen Charakter des neuen deutschen Steuerrechts noch verschärfen. Die wirtschaftlich notwendige Kapitalbildung muß im verarmten Deutschland durch Einschränkungen in der Bekämpfung der oberen Schichten und durch Zusammenlegung der Erbschaften der Vermögenden, nicht aber durch Ankaufung von großem Reich-tum in wenigen Händen gefördert werden.

Nach Ablehnung unserer Anträge im Reichstag war deren Wiederbringung im Plenum zwecklos: sie unterblieb daher. Unser Standpunkt wurde gleichwohl vertreten. Die Unabhängigen stellten dagegen im Plenum Verschärfungsanträge, nachdem sie im Ausschuss vollkommen untätig geblieben waren. Soweit ihre Anträge in der Richtung unserer Absichten lagen stimmten wir ihnen trotz ihrer falschen Formulierung zu. Abweisen mußten wir die Anträge der Unabhängigen, die geradezu groteske Verschärfungen zur Folge gehabt hätten. Sie wollten dem ledigen Steuerpflichtigen bis zu einem Einkommen von 15.000 Mark einen Abzug von 3000 Mark zugestehen, dem Verheirateten mit einer zahlreich Kinderlast aber schon bei einem Einkommen von mehr als 15.000 Mark jeden Abzug verweigern. Dabei stellt nach dem Antrag der Unabhängigen von Einkommen unter 15.000 Mark nur die Hälfte der Tariflast, bei Einkommen über 15.000 Mark aber die vollen Sätze erhoben werden. Das hätte bewirkt, daß ein lediger von 14.900 Mark Einkommen mit 11.900 Mark (nach Abzug von 3000 Mark) 1029 Mark, gleich 6,9 Prozent, ein Ehepaar mit 3 Kindern bei einem Einkommen von 15.050 Mark 2562 Mark, gleich 17 Proz., Steuern zu bezahlen gehabt hätte! Neben einem derartigen verarmtkeimenden Antrag hätte die Unabhängigen in der Nationalversammlung einstimmig! Und ihr annahm-löser Sprecher meinte im Ernst solche schroffen Wirkungen lieber nicht vermeiden!

Wir gingen einen anderen Weg und erreichten erhebliche Verbesserungen für die Steuerpflichtigen, die ihrer am meisten bedürften. Den steuerfreien Abzug für ledige von 1000 Mark be-zeichneten wir schon bei der ersten Lesung als zu niedrig. Es wurde auf 1500 Mark erhöht. Handelt es sich um ein kinderloses Ehepaar, so erhöht sich der steuerfreie Einkommensteil auf 2000 Mark. Für jedes Kind sollte die Verlaste nur einen Abzug von 300 Mark zugestehen. Wir erreichten die Erhöhung auf 500 Mark für jedes Kind bei allen Steuerpflichtigen. Bei den großen Einkommen besteht für einen solchen Abzug zwar kein Bedürfnis! Wir wollten daher mit einer sorgfältig ausgleichenden Ueber-gangsstufe die Abzüge für Frau und Kinder bei Einkommen von 20.000 bis 50.000 Mark allmählich in Wegfall kommen lassen! Jeder Anerkennung des sozialverträglichen Grundgedankens zur

- Mittwoch, den 24. 8. abends 6 Uhr:
 1. Fest im Gröb, Gymnasium am Winterplatz (Kult.) Referent
 Gerold Reif.
 2. Fest (Fahrradfest) im Restaurant „Zur Gaisma“
 Albrechtstraße 31. abends 6½ Uhr.
 Donnerstag, den 25. 8. abends 6 Uhr:
 3. Fest im Singklub der Teufel, am Winterplatz. Referent
 Gerold Grünhagen.
 4. Fest (Schiff) bei St. Peter, Barthelstraße.
 5. Fest im Restaurant „Wendler“, Grabach, abends 6½ Uhr.
 6. Fest (Gedächtnis) bei Schumacher, abends 6½ Uhr.
 Freitag, den 26. 8. abends 6 Uhr:
 7. Fest (Lustspiel). Die Zirkusgesellschaft in der nicht. nicht.
 öffentlich bekanntgeben am Donnerstag; sondern erst am